Alternative
POLITIK SÜDWEST*
Zeitung der AfD Baden-Württemberg

Dienstag, 12. November 2019 | Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg | Information | Meinung | Service

Herzlich willkommen

zur ersten Ausgabe unserer Zeitung für den AfD-Landesverband Baden-Württemberg! Wir werden Ihnen künftig regelmäßig Neues, Bedeutendes und Überraschendes aus dem Südwesten bieten: aus den Gemeinderäten, den Kreisräten, dem Landtag, der AfD. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen. Sie wissen ja: AfD wirkt!

Ein Tempolimit auf Autobahnen verringert den CO_2-Ausstoß praktisch nicht

TOPTHEMA

Mit Tempo aus der grünen Sackgasse

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

Wahnvorstellungen und Ängste bestimmen heute die politische Realität. So lässt sich auch die Äußerung des Ministerpräsidenten für die Einführung eines Tempolimits auf den Autobahnen belegen. Wir, die AfD, lehnen ein Tempolimit ab.

Um was geht es grünen Politikern in Wirklichkeit? Um den Umbau der Gesellschaft! Es waren die Symbole des Wirtschaftswunders, die der Wähler der CDU viele Jahre gutschrieb und ihr deshalb die Führung Deutschlands anvertraute.

Das Wirtschaftswachstum, „Wohlstand für alle“, das Einfamilienhaus, das eigene Automobil und die soziale Sicherheit – alles Werte, die der Bürger mit Fleiß und Tatkraft selbst erwirtschaften konnte und auf die man stolz war und sein durfte.

Die Grünen haben diese Wohlstandssymbole in Misskredit gebracht. Alles was mit Wirtschaftswachstum zu tun hat, ist grundsätzlich verantwortlich für die Menschheitskatastrophe, für die Verschmutzung und Verwüstung der Welt. Die soziale Sicherheit wurde unter rot-grün demontiert, wir haben heute für viele Rentner ein niedrigeres Rentenniveau als für sogenannte Einwanderer.

Das Einfamilienhaus wurde für die Zersiedelung der Landschaft verantwortlich gemacht und das Automobil -mit dem Verbrennungsmotor wurde zum „Stinker“, dessen Abgase die Welt vergiften. Logisch ist, wer die Qualität des Wohnens im Einfamilienhaus nur als Zersiedelung der Landschaft wahrnimmt, der wird diese Lebensform als Zerstörung der Natur verdammen.

Den Grünen geht es um den Umbau der Gesellschaft

Wer bei Autos den preiswerten und schnellen Transport von Waren und Menschen von überall nach überall außerhalb der Betrachtung lässt und nur Unfälle, Lärm und Abgase bewertet, der kommt zum Schluss: Ohne Autos wäre alles besser, keine Unfälle, die Luft sauberer, weniger Lärm und weniger Umweltzerstörung durch Straßenbau.

Man kann jedes System ins Absurde führen, in dem man ausschließlich negative Nebenwirkungen betrachtet und die positiven Hauptwirkungen als nicht existent außerhalb der bewertenden Betrachtung stehen lässt.

IN DIESER AUSGABE

TOPTHEMA 1 2
Tempolimit auf Autobahnen

AUS UNSERER PARTEI 3 4
GEZ-Kampange | „Faire Schule!“

THEMEN VOR ORT 5 6
Bienenrettung | Kommunales

WAS SICH SONST NOCH TUT 7
„Gegenwind“ | Grüne stoppen!

AUFGEKLÄRT! 8
Greta | Windkraft

* Bestimmen Sie mit, wie diese Zeitung heißen soll: Namenswettbwerb auf Seite 4

TOPTHEMA

Tempolimits nutzen weder der Sicherheit noch dem Klima

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

Die meisten Autobahnunfälle finden bei Geschwindigkeiten deutlich unter dem diskutierten Tempolimit statt. Schon 1973 (!) hat der HUK Versicherungsverband festgestellt, dass bei weniger als 5 % der Unfälle die Geschwindigkeit über 130 km/h lag. Die Mehrzahl der Unfälle findet bei niedrigen Geschwindigkeiten statt, im Bereich von Ein- und Ausfahrten, an Knotenpunkten und Baustellen. Die meisten Auffahrunfälle ereignen sich im Kolonnenverkehr, durch zu dichtes Auffahren bei niedriger Geschwindigkeit. Bei einem allgemeinen Tempolimit sind vermehrt schleppende Überholvorgänge zu befürchten. Pulkbildungen bei LKW-Überholungen führen häufig zum „Stau aus dem Nichts“. Die Sicherheitsabstände werden unterschritten, vermehrte Auffahrunfälle sind die Folge.

Geringere Abgasemissionen durch Tempolimit? Angeblich ist das Tempolimit ein Gebot der Vernunft. Dabei hat der Abgasgroßversuch des TÜV Rheinland vor Jahren gezeigt, dass ein Tempolimit den Stickoxidausstoß um weniger als 1 % reduzieren würde.

Die Verminderung des CO_2 Ausstoßes entspricht der Verminderung des konkreten Kraftstoffverbrauchs. Das wären dann tatsächlich 0,025 % des gesamten Verbrauchs an Kraftstoffen. Was die meisten Menschen inzwischen nicht mehr wissen: Die im Kraftstoff gebundenen Kohlenstoffatome reagieren mit dem Sauerstoff der Luft zu CO_2. Und dieses CO_2 soll ja angeblich an den katastrophalen Klimaveränderungen und dem Treibhauseffekt schuld sein. Vergessen ist das Wissen um die Fotosynthese. Woher kommt der Sauerstoff in der Luft, googeln Sie bitte selbst!

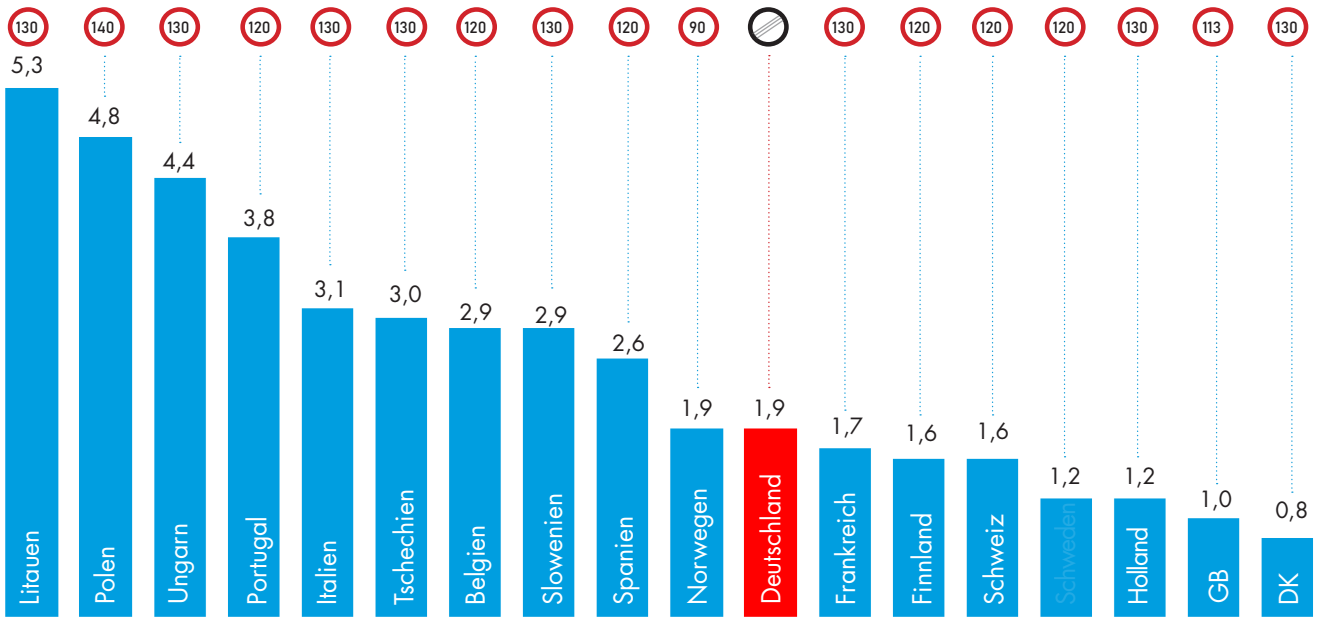
Tempo 130 würde den CO_2-Ausstoß nur um 0,025 % verringern

In der nächsten Ausgabe dieser Zeitung werden wir die Fotosynthese erklären!

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Foto: Karsten Klauer

Tempolimits und Todesfälle (je 1 Mrd Fahrzeug-km) auf Autobahnen im Europa-Vergleich:
Quelle: Statista, Beitrag vom18.10.2019



AUS UNSERER PARTEI: GEZ-KAMPAGNE

GEZ-Kampagne angelaufen

Volksbegehren gegen den "Rundfunkbeitrag": Machen Sie mit!

Es ist es soweit: Unsere Kampagne „Volksbegehren gegen den Rundfunkbeitrag" läuft an! Und damit auch viel Arbeit für uns: Zunächst müssen wir 10.000 beglaubigte Unterschriften sammeln und beim Innenministerium des Landes Baden-Württemberg einreichen. Das Ministerium hat das Volksbegehren zu prüfen. Wenn es das Volksbegehren für zulässig hält, muss über unser Anliegen in den Gemeinden von den Bürgern abgestimmt werden.

Dabei müssen 10 % der Wahlberechtigten, also rund 790.000 Wähler erreicht werden, mit einer Zustimmung. Dies alles muss innerhalb von sechs Monaten geschafft sein.

Das ist eine hohe Hürde und deshalb brauchen wir Sie. Wenn jedes Parteimitglied mitzeichnet und eine weitere Unterschrift gewinnt, haben wir den ersten und schwierigsten Schritt erfolgreich gemeistert.

Die im Volksmund „GEZ" genannte Zwangsgebühr wurde zwar von allen Gerichten als rechtlich korrekt erklärt. Viele Experten bezweifeln dennoch, dass sie verfassungskonform ist. Vor allem: Viele Bürger lehnen diese ungerechte Zwangsgebühr ab. Für eine „Ware" und politische Dauer-Propaganda bezahlen zu müssen, die man weder bestellt hat noch haben will – dafür gibt es nach demokratischem Grundverständnis keine Legitimität.

Die AfD ist die einzige Partei, die diese Bürger vertritt. Da der derzeitige Landtag die Zwangsgebühr befürwortet und ein Verfahren im Parlament ablehnt, gehen wir den direktdemokratischen Weg des Volksbegehrens.

Unterstützen Sie dieses wichtige gesetzgeberische Verfahren und helfen Sie, Unterschriften zu sammeln. Alle Formulare, Informationen, Materialien und Kontaktmöglichkeiten finden Sie unter
https://balzer.afd-fraktion-bw.de/mein-wahlkreis/gez-kampagne
Vielen Dank! // *Redaktion*

So stimmen Sie gegen die Zwangsgebühr

Damit die Initiative Erfolg haben kann, braucht es 10.000 Unterschriften. Bitte laden Sie sich das Formblatt bei

https://balzer.afd-fraktion-bw.de/mein-wahlkreis/gez-kampagne

herunter oder scannen Sie die Codes unten. Dann bitte → ausdrucken, → ausfüllen und → unterschreiben. Dann lassen Sie das Formular bitte in Ihrer Heimatgemeinde → beglaubigen. Bitte sprechen Sie auch Freunde und Verwandte an. Laden Sie hierzu das Formblatt für mehrere Personen herunter oder scannen Sie es mit dem Code unten. Die Personen müssen Bürger aus einer Gemeinde sein, die Liste muss bei der Heimatgemeinde beglaubigt werden. Bitte senden Sie uns dann die beglaubigten Listen zu:

AfD-Landesgeschäftsstelle
Postfach 70 05 46
70574 Stuttgart

SCANNEN UND MITZEICHNEN:

Formblatt für Einzelpersonen:

Formblatt für mehrere Personen:

Mehr Demokratie wagen

Das Quorum von 10 % der Wahlberechtigten ist nicht leicht zu erreichen. Deshalb hat die AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg zusätzlich das Demokratiestärkungsgesetz eingebracht.

Wir wollen damit die Quoren deutlich verringern und die Zeit für die Unterschriftensammlung verlängern. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines breiteren demokratischen Fundaments unserer Gesellschaft und ein wirksames Korrektiv für Fehlentwicklungen der Parteiendemokratie. Das Vorbild ist die Schweiz.

Wir fordern:

- → **Absenkung des Quorums bei Volksbegehren auf 1 %**
- → **Erhöhung der Frist für Unterschriften auf 9 Monate**

AUS UNSERER PARTEI: PROJEKT „FAIRE SCHULE“

Gleiche Chancen, faire Schule?

Das Meldeportal für Schüler, Eltern und Lehrer geht online

Karsten Klauer, Eberbach

Laut einer Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau betrug der Investitionsstau an deutschen Schulen 2018 rund 55 Milliarden Euro. Baufällige Turnhallen und bröckelnde Klassenräume sind das Resultat. Hinzu kommen ein erheblicher Lehrermangel, Unterrichtsausfall sowie seit Jahren zunehmende Gewaltbereitschaft unter Schülern und auch gegenüber den Lehrkräften.

Was tun wir zur Verbesserung? Missstände können nur beseitigt werden, wenn sie bekannt gemacht werden. Unsere Online-Plattform „Faire Schule BW“ bietet genau dies. Schüler, Eltern und Lehrern haben hier die Möglichkeit, einen Hilferuf an die Politik abzusetzen, wenn sich die sonstigen Verantwortlichen taub, stumm und blind stellen.

Ob übermäßiger Unterrichtsausfall, eklatante und anhaltende Mängel an der Schulausstattung oder Gewalt – auf **https://faire.schule** kann jeder auf Missstände hinweisen. Dabei ist faire.schule keine Petz-Plattform, sondern ein Kummerkasten für alle Betroffenen, die an anderen Stellen nicht gehört wurden.

Wie funktioniert die Plattform? Auf faire.schule.de geben Betroffene zunächst an, um welche Schule es sich handelt und welchen Missstand sie melden möchten. Nach einer kurzen Beschreibung des Sachverhalts und der Angabe von ein paar Kontaktdaten kann das Formular abgeschickt werden. Jugendliche unter 14 Jahren sollten zuvor mit ihren Eltern sprechen.

Erst wenn der Vorgang vom Absender per E-Mail bestätigt wurde, prüfen wir den Vorgang und entscheiden, ob und wie wir aktiv werden. Dabei steht zunächst immer das Gespräch im Vordergrund.

„Zielgerichteten Druck auf die Verantwortlichen in Land und Kommunen aufbauen, um den Jüngsten eine faire Chance auf angemessene Bildung zu ermöglichen, das ist unser Ziel“, so Dr. Rainer Balzer, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag. „Wenn inzwischen schon Schüler und Eltern verwaltungsrechtliche Klagen anstreben, weil der Unterrichtsausfall an den Schulen ihrer Kinder besorgniserregenden Umfang annimmt, dann ist Zeit zu handeln. Und da Handeln das Gegenteil von Abwarten ist, möchten wir für alle Betroffenen eine Anlaufstelle sein.“

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung geht faire.schule offiziell online. “Klinken“ Sie sich ein, auch gute Nachrichten werden gerne gelesen!

GEBEN SIE DIESER ZEITUNG EINEN NAMEN

So machen Sie mit beim Namenswettbewerb:

Schlagen Sie uns einen Namen bis 31.12.2019 per E-Mail an rainer.balzer.ma@afd.landtag-bw.de vor

Wir stellen Ihnen die drei besten Vorschläge zur Wahl und Sie stimmen darüber ab.

Gewinnen Sie mit Ihrem gewählten Vorschlag einen Besuch im Landtag inkl. Landtagsrestaurant.

THEMEN VOR ORT

Weinbau im Zabergäu: Das „Volksbegehren Bienenrettung“ kriminalisiert die Landwirte zu Unrecht

“Bienenrettung” darf nicht auf Kosten der Landwirte gehen

SabBiene

Nichts erhitzt die Gemüter im Zabergäu derzeit mehr als das Volksbegehren “Rettet die Bienen”. Die konventionell arbeitenden Landwirte in den Weinanbaugebieten am Stromberg, Heuchelberg und am Neckar fürchten um ihre Existenz: Wenn das Volksbegehren Gesetz werden würde, wäre ein Großteil der Bauern existenziell bedroht.

Im Fokus der „Bienenschützer“ steht der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, die die selbsternannte Umweltpolizei zum alleinigen Sündenbock auserkoren hat. Und die Schuldigen sind dabei angeblich die Landwirte, die sie ausbringen.

Selbsternannte Umweltpolizei darf Landwirte nicht zum Sündenbock machen

Die Landwirte empört besonders, dass sie pauschal für die Umweltsünden verantwortlich gemacht werden. Ein Unding! Sind sie es doch, die gesunde und preiswerte Lebensmittel für uns Verbraucher produzieren. Dafür arbeiten sie das ganze Jahr hindurch wirklich hart, für einen – gemessen am Arbeitseinsatz – doch recht kärglichen Lohn. Sie haben unseren höchsten Respekt verdient, ganz gleich, wie sie wirtschaften.

Verstörend ist auch, dass die „krummen Dinger“ aus deutschen Landen mit den konfektioniert präsentierten Äpfeln aus Chile konkurrieren müssen; letztere mit einer verheerenden Umweltbilanz und mit Mitteln behandelt, die wir nicht einmal kennen.

Bereits die alten Römer haben in unseren Breiten Wein und andere Nutzpflanzen kultiviert. Unsere über Jahrtausende historisch gewachsene Kulturlandschaft wird nicht einfach dadurch wieder zur Wildnis, dass man sie sich selbst überlässt, damit sich Bienchen, Hummelchen und Co wieder ansiedeln. Weit gefehlt! Denn die Insekten benötigen die Futterpflanzen, die ihnen die Bauern bieten. Ohne die Hilfe der Bauern würden sich diese Pflanzen nicht ansiedeln.

Kein Landwirt wird sich dagegen wehren, die Artenvielfalt zu schützen – im Gegenteil. Aber die Landwirte können den ökologischen Karren, der schon vor Langem in den Dreck manövriert wurde, nicht allein wieder herausziehen. Hierzu bedarf es vieler helfenden Hände – angefangen beim Verbraucher, der saisonal und regional kaufen sollte.

Alle kleinstrukturierten bäuerlichen Betriebe sind, ob sie konventionell oder biodynamisch erzeugen, unermesslich wertvoll für den Erhalt der Landschaft und Artenvielfalt. Sie dürfen nicht durch das Volksbegehren gefährdet werden.

Volksbegehren Artenschutz: Nicht mit uns!

Die AfD steht hinter den Landwirten und lehnt das Volksbegehren ab. Wir fordern:

- Kein Verbot von Pflanzenschutzmitteln
- Keine staatlich verordnete Ausdehnung des Ökolandbaus
- Artenschutz nur gemeinsam mit den Landwirten

THEMEN VOR ORT

Foto: Sven Geschinski

Konservative Kommunalpolitiker schließen sich zusammen

Marc Bernhard, Karlsruhe

Als glühender Verfechter des Subsidiaritätsprinzips und der kommunalen Selbstverwaltung liegen mir die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen besonders am Herzen. In Baden-Württemberg konnten wir bei der letzten Kommunalwahl unsere Präsenz in den kommunalen Gremien teilweise verdoppeln und verdreifachen. Mit dem Ziel, die AfD landesweit zu einer schlagkräftigen kommunalen Kraft zu entwickeln, die Mandatsträger zu vernetzen und Synergien zu nutzen, haben wir im Juli gemeinsam mit 45 anderen Gründungsmitgliedern den Startschuss gesetzt und den „Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg“ (VKK-BW) gegründet. Der VKK-BW will die kommunalen Mandatsträger der AfD bei ihrer Arbeit unterstützen, beraten, vertikal und horizontal besser vernetzten und auch landesweite Initiativen entwickeln.

Als Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen sowie als Mitglied des Landesvorstandes und Beauftragter für Kommunales in Baden-Württemberg bin ich überzeugt, dass kommunalpolitisch relevante Themen noch besser ausgetauscht werden sollten, um schnell und effektiv agieren zu können. Die Gründung des VKK-BW ist ein starkes Zeichen für unseren gemeinsamen Willen, dem politischen Gegner möglichst schnell auf Augenhöhe zu begegnen. Unser neuer Verein bietet hierzu den neu gewählten kommunalen Entscheidungsträgern einen Überblick und eine Starthilfe für ihre neuen Aufgaben an.

Das erste kommunalpolitische Treffen nebst Schulung fand auch bereits statt. Auf dem Programm standen Themen wie kommunalpolitische Gremien und deren Arbeit, Bebauungsplanverfahren und Grundlagen erfolgreiche Pressearbeit. Es war eine gut besuchte und wichtige Veranstaltung, denn landesweit wächst die Zahl derjenigen, die ihre kommunale Verantwortung in gemeinsamer Vernetzung als gesamtpolitische Chance wahrnehmen.

Gemeinsam möchten wir in den Städten und Kreisen künftig Akzente setzen und dafür sorgen, dass konservative Politik auch wieder vor Ort, bei den Bürgern in den Kreisen und Kommunen, eine echte Alternative zum Altparteiensumpf bietet.

Marc Bernhard ist Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg

Grüne Mehrheit dank AfD verhindert

Sven Geschinski, Heidelberg

Am 7.10.19 hat die Vernunft im Gemeinderat Heidelberg über die grüne Ideologie gesiegt: Die Grünen wollten den Ausbau des Betriebshofs am derzeitigen Standort verhindern und ihn stattdessen weit draußen neu bauen. Dies jedoch hätte eine jahrelange Verzögerung bedeutet und die Umwelt zudem mit jährlichen 150.000 Leerkilometern belastet.

Es kam für die Grünen ganz anders als erwartet: AfD, CDU, SPD, Heidelberger, FWV, FDP und GAL stimmten in einem Antrag GEMEINSAM gegen das Ideologieprojekt der Grünen. Damit wurde – auch dank der Stimmen der AfD – beschlossen: Der Betriebshof bleibt im Stadtteil Bergheim und wird umgehend ausgebaut.

Ein wegweisender Erfolg für die Vernunft! Der Gemeinderat hat nach rationalen Kriterien zum Wohle der Bürger abgestimmt, nicht entlang partei-ideologischer Scheuklappen. Ein Durchbruch, der Schule machen muss.

Die Grünen bezeichneten dieses Geschehen prompt als „verantwortungslose Trotzreaktion“. Wir nennen es Demokratie. Für die wir auch weiterhin mit unseren Stimmen im Gemeinderat streiten werden.

Sven Geschinski ist Gemeinderat in Heidelberg und stellvertretender Sprecher seines Kreisverbands

Foto: Karsten Kluger

WAS SICH SONST NOCH TUT

Keine Windkraft im Lußhardtwald!

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

Wir unterstützen nachdrücklich die Initiative Gegenwind, eine Bürgerinitiative aus den Gemeinden Kronau, Bad Schönborn, Waghäusel und St. Leon-Rot.

Die Bürger dieser Gemeinde werden die Auswirkungen des „Windparks“ ganz konkret zu spüren bekommen. In Sichtweite, zwischen 800 und 1000 m werden die 200 m hohen Türme das Bild der Umgebung bestimmen und prägen. Das Gesäusel, der ewige Dauerton wird Nerven malträtieren, die Grundstückswerte und die Hauspreise werden sinken und Strom wird erst recht keiner produziert – denn diese Gemeinden liegen in der oberrheinischen Tiefebene, einem typischen Schwachwindgebiet. Nur durch die Besonderheiten des Energieeinspeisegesetzes erhält der Betreiber Wirsol überhaupt die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Dabei ist der schwer verständliche Text „Vergütungssätze für Windkraftanlagen an Land, Vergütungszeitraum 20 Jahre“ zu beachten, veröffentlicht auf https://www.swe-windenergie.de/unternehmen/vergutungssatze-windkraftanlagen.html

AfD KV KA-Land unterstützt die Bürgerinitiative gegen den Windpark Lußhardt

Das Größenverhältnis zwischen einer der Windkraftanlagen und der Klosterkirche Waghäusel: Der Herrschaftsanspruch ist unübersehbar.

Foto: K. Abmeier/wikimedia

Bei einer Inbetriebnahme im Jahr 2020 gilt eine Grundvergütung von 4,32 Cent pro Kilowattstunde. Ferner wird eine erhöhte Anfangsvergütung von 7,91 Cent pro Kilowattstunde bezahlt und für fünf Jahre gewährt. „Sie verlängert sich nach Paragraph 29 Abs. 2 um je zwei Monate je 0,75 % des Referenzertrages, um den der Ertrag der Anlage 150 % des Referenzertrages unterschreitet.“

Referenzertrag ist der theoretisch mögliche maximaler Ertrag der Windkraftanlage, wenn der Wind weht. Bei völlig unwirtschaftlichem Betrieb, d. h. bei Windstille wird die erhöhte Vergütung von 7,91 Cent pro Kilowattstunde einfach weiter bezahlt. Das ist so, wie wenn ein schlecht gehendes Ladengeschäft in einer Seitengasse den möglicherweise erzielbaren Gewinn in einer besseren Lage einfach ausbezahlt bekäme.

Natürlich kann man jetzt bestreiten, dass das eine Subvention ist. Aber was ist es dann? Bitte schauen Sie sich diese Informationen auf der Internetseite selbst an.

Unser 5-Punkte-Plan zum Ausstieg aus der Windkraft:

1. Dauerhafter Genehmigungs- und Baustopp für alle Windkraftanlagen in Waldgebieten
2. Mindestabstand von der Wohnbebauung: das zehnfache der Höhe der Windkraftanlagen (10H-Regelung)
3. Subventionierung der Windkraft beenden – unter Ersatz aller Arbeitsplätze
4. Die Forschung an Technologien wie Thoriumreaktoren und Wasserstoff umgehend fördern, Gaskraftwerke bauen
5. Nach Sicherung durch neue Energiequellen: Rückbau aller bestehenden Windkraftanlagen

IMPRESSUM
AfD Landesverband Baden-Württemberg
Dr. Rainer Balzer
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, geschaeftsstelle@afd-bw.de

Grüne stoppen – Packen wir es an!

Marc Bernhard, Karlsruhe

Man möchte es am liebsten gar nicht wahrhaben: Die Grünen in Baden-Württemberg erzielen in aktuellen Umfragen 38 %!

Dabei vergeht kaum ein Tag ohne düstere Schadensmeldungen: Massenentlassungen in der Autoindustrie, Messermorde und Klimahysterie treiben unser Land ins Verderben. Die CDU, vor vielen Jahren konservative Stimme der Vernunft, rennt einem 16-jährigen Schulmädchen hinterher, statt sich für das Wohlergehen unseres Landes stark zu machen.

Wir müssen diesen Irrsinn beenden, damit auch unsere Kinder eine gute Zukunft haben. Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir es schaffen, die Klimahysterie zu stoppen und für ein Klima der Vernunft zu sorgen. die Grünen sind dabei, das Autoland Baden-Württemberg zu ruinieren, die Umwelt zu zerstören, Arbeitsplätze zu vernichten und die Bürger auszupressen.

Hier sind wir alle gefragt: unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten, der Landesvorstand, aber auch Sie als Mitglied, Sympathisant und Botschafter der politischen Vernunft. Der Landesvorstand will die Bundeskampagne „Grüne stoppen! Umwelt schützen!“ landesweit forcieren und hat mich damit beauftragt, die Kampagne ins Land zu tragen: https://www.afd.de/umwelt.

Kommen Sie auf mich zu:
marc.bernhard@afd-bw.de
www.marcbernhard.de/kampagne-gruene-stoppen-umwelt-schuetzen

Packen wir es gemeinsam an und beenden den grünen Spuk!

AUFGEKLÄRT!

Wer wirklich hinter Greta steckt

Es soll hier nicht um Kritik an einer Minderjährigen gehen, die unter dem Aspergersyndom leidet. Brisanter ist die Frage, wer die Menschen hinter dem Marketinginstrument Greta sind, die keine Scheu zeigen, ein krankes Mädchen für ihre Zwecke auszunutzen.

Zum Ersten sind da ihre Eltern Malena Ernman und Svante Thunberg. Die Opernsängerin, 2009 Teilnehmerin beim European Song Contest, und der Schauspieler sind berufsbedingt versiert im Umgang mit den Medien und der Öffentlichkeit. Greta hatte ihren ersten großen medialen Auftritt im August 2018 – im gleichen Monat, in

Foto: G. Altmann/pixabay

Dahinter stecken Marketingprofis

dem das Buch „Szenen aus dem Herzen“ erschien, das sie zusammen mit ihrer Familie verfasst hatte.

Promis und viele Kameras fehlten nicht bei ihrem Törn in die USA: Die Skipper waren niemand geringeres als Prinzessin Caroline von Monacos Sohn, Pierre Casiraghi, und der deutsche Segelsportler Boris Herrmann.

Frühzeitig wusste der schwedische PR-Berater Ingmar Rentzhog Gretas Marketingpotenzial zu nutzen: Die Schülerin war einige Monate Jugendberaterin in seinem Unternehmen *„We don’t have time“* – heute ihr Slogan. Bereits Gretas ersten Auftritt im August 2018 vor dem schwedischen Reichstag verbreitete Rentzhogs Medienteam hochprofessionell in den sozialen Netzwerken.

Marketingkonzept oder nicht, die Welle Greta schlägt weltweit hoch. Es ist tragisch, dass die Ängste einer Heranwachsenden ohne Rücksicht und Anstand vermarktet werden. // *MN*

Windkraft verfehlt alle Ziele

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

In Schilda versuchten die Leute Licht ins fensterlose Rathaus zu bringen, indem sie Säcke mit Tageslicht in das Gebäude trugen – in Deutschland versuchen Klimabewegte, Strom für eine große Industrienation mit Windrädern zu erzeugen. Richtig, wir befinden uns im Jahre 14 der Regierung Merkel. Vernunft und Wissenschaft haben ein wenig abgedankt, Hysterie und kindliche Rettungsfantasien haben das Zepter übernommen. Aber nicht überall! Es gibt da eine kleine blaue Partei, die Widerstand leistet.

Zum Beispiel bei der Windkraft. Man will damit das „Klima“ retten, 40 Millionen Autos betreiben und das böse CO_2 aus Deutschland vertreiben. Was für ein Irrsinn! Denn Fakt ist, dass dabei die Natur vor die Hunde geht, die Anwohner vom Infraschall krank werden, Fledermäuse und der Rotmilan massakriert werden. Fakt ist, dass 30.000 Windräder das CO_2 in Deutschland um kein Gramm reduziert haben, dieser Spaß eine Familie im Durchschnitt aber 25.000 € kostet. Fakt ist auch, dass die Regierung fleißig die Haupt-Stromlieferanten Kohle und Atom demontiert – und keinen

Plan hat, wie der fehlende Strom ersetzt werden soll. Anders gefragt: Mit welchem Strom soll die Bahn fahren, wenn die Kohle- und Atomkraftwerke, die immerhin ein Drittel ihres Stroms liefern, bald ausgeknipst werden? Genau, es gibt keine Antwort darauf, auch nicht vom Ministerpräsidenten.

Eine Antwort gibt aber die kleine blaue Partei: Wir müssen raus aus der Windkraft. Keine Windkraftanlagen mehr bauen, Subventionen beenden, neue Technologien wie Thoriumreaktoren fördern und alle Windräder rückbauen, sobald die neuen Energiequellen erschlossen sind.

Dieses und mehr Wissenswertes zum Irrweg Windkraft liefert die neue Broschüre „Irrweg Windkraft – Raus aus dieser Sackgasse!“. Zu erhalten mit einer Mail an **rainer.balzer.ma@afd.landtag-bw.de**

DIE GUTE NACHRICHT

Kurz und gut: Die Klimahysterie verfängt bei den Deutschen weitgehend nicht. Drei Viertel sagen, dass diese Diskussion sie nicht beeinflusst. Und dennoch wird in Politik und Medien so getan, als gäbe es nichts anderes als “das Klima”, nur weil einige Schüler Druck machen. Das zeigt: Die Kluft zwischen Bürgern und polit-medialer Parallelwelt wird größer. // *red*

Foto: Ben White/Unsplash.com